

ANTRAG

Antragsteller*innen:

A1NEU: Leitantrag Wirtschaftsaufschwung in Vorarlberg

Antragstext

1 Vorarlbergs Wirtschaft muss wachsen können und dafür Bedarf es konkreter
2 Maßnahmen wie wir Vorarlberg zum Silicon Valley von Österreich machen:

3 **Entbürokratisierung als Entfesselung**

4 Die Bürokratiebelastung stellt in Vorarlberg, wie in ganz Österreich, eine
5 wachsende Herausforderung dar. Besonders kleine und mittlere Unternehmen, aber
6 auch Vorarlbergerinnen und Vorarlberger, leiden unter ineffizienten
7 Verwaltungsprozessen, redundanten Datenerhebungen und übermäßigen
8 Meldepflichten. Eine Studie der KMU Forschung Austria zeigt, dass die
9 österreichische Wirtschaft jährlich rund 70 Millionen Arbeitsstunden und 4,3
10 Milliarden Euro für bürokratische Auflagen aufwendet – Ressourcen, die für
11 Innovation, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit verloren gehen.
12 (<https://www.kmuforschung.ac.at>)

13 Um dieses Bürokratiemonster und sogleich Wachstumsbremser zu erlegen bedarf es
14 konkreter Maßnahmen und Reformen:

15 1. Einführung des „Once-Only“-Prinzips

- 16 · Behörden sollen nicht mehrmals dieselben Daten von Bürgern oder Unternehmen
17 erheben.
- 18 · Stattdessen sollen vorhandene Informationen zwischen Behörden effizient
19 ausgetauscht werden.

20 2. Bürokratie-Check für neue Gesetze und Verordnungen

- 21 · Einführung eines verpflichtenden Bürokratie-Checks vor der Einführung
22 neuer Regelungen.

23 · Bewertung der Auswirkungen auf Unternehmen, Vereine und Bürger durch
24 unabhängige Stellen.

25 3. Vereinfachung von Verwaltungsverfahren und Meldepflichten

26 · Reduktion von doppelten oder unnötigen Berichts- und Nachweispflichten für
27 Unternehmen.

28 · Digital-first-Strategie: Alle Verwaltungsleistungen müssen auch online
29 verfügbar sein.

30 4. Digitalisierung der Behördenkommunikation

31 · Ausbau einer zentralen digitalen Plattform, über die alle Behördengänge
32 erledigt werden können.

33 · Verzicht auf Papierformulare, wo dies rechtlich und technisch möglich ist.

34 5. Transparenz und Verfahrensbeschleunigung

35 · Einführung verbindlicher Bearbeitungsfristen für Behördenverfahren.

36 · Online-Tracking-System für Anträge, um Bürgern und Unternehmen den Status
37 ihrer Anfragen jederzeit einsehbar zu machen.

38 6. Entlastung von Unternehmen durch Bürokratieabbau

39 · Abschaffung von veralteten Dokumentations- und Berichtspflichten, die keinen
40 erkennbaren Mehrwert bringen.

41 · Erleichterungen für KMU bei gewerberechtlichen Verfahren und
42 Förderansuchen.

43 7. Evaluierung bestehender Bürokratie

44 · Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Identifikation und Reduktion
45 überflüssiger Vorschriften.

46 · Jährlicher Bericht über Fortschritte beim Bürokratieabbau mit konkreten

47 Maßnahmen.

48 **Jungunternehmertum fördern – NextGen Economics**

49 Jungunternehmen sind essenziell für Innovation, Wachstum und neue
50 Arbeitsplätze in Vorarlberg. Sie stärken die Wirtschaft, treiben
51 technologische Entwicklungen voran und machen die Region wettbewerbsfähiger.
52 Damit mehr junge Menschen gründen, braucht es weniger Bürokratie, bessere
53 Finanzierung und eine unternehmerfreundliche Kultur.

54 **1. Hürdenabbau für eine einfachere Unternehmensgründung**

55 · Prinzip24 - Gründung in 24 Stunden ermöglichen: Vereinfachung und
56 Digitalisierung der Unternehmensgründung, sodass Jungunternehmer ihr Gewerbe
57 innerhalb eines Tages anmelden können.

58 · One-Stop-Shop für Gründer: Eine zentrale Anlaufstelle, die alle relevanten
59 Behördengänge digital bündelt (z. B. Gewerbeanmeldung, Sozialversicherung,
60 Förderungen).

61 · Pauschale Meldungen statt komplizierter Einzelanträge: Einführung eines
62 vereinfachten Meldeverfahrens für Jungunternehmer, um administrative Hürden zu
63 reduzieren.

64 **2. Steuerliche und finanzielle Entlastung für Start-ups & Selbstständige**

65 · Steuerfreie Anfangsjahre für Gründer: Einführung einer
66 Gründerfreibetragsregelung, bei der Gewinne bis zu einer bestimmten Grenze in
67 den ersten drei Jahren steuerfrei bleiben.

68 · Senken der Lohnnebenkosten für Neueinstellungen: Reduzierte Lohnnebenkosten
69 für die ersten Mitarbeiter eines Start-ups, um Wachstum zu erleichtern.

70 · Mehr Investitionsanreize: Bessere steuerliche Absetzbarkeit von Start-up-
71 Investitionen und Innovationskosten.

72 **3. Bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Jungunternehmer**

73 · Mikrokredite und Beteiligungsmodelle ausbauen: Erleichterter Zugang zu
74 Finanzierungen ohne hohe Eigenkapitalanforderungen, insbesondere für innovative

75 Ideen.

76 · Vereinfachte Investorensuche: Aufbau einer regionalen Start-up-Plattform, die
77 Gründer mit Investoren und Mentoren vernetzt.

78 · Förderung von Crowdfunding & Business Angels: Staatliche Anreize für
79 private Investoren, in Jungunternehmen zu investieren.

80 4. Unternehmertum bereits in der Schule fördern

81 · „Entrepreneurship Education“ in Kombination mit Finanzbildung
82 verpflichtend an Schulen: Einführung von praxisnahen Wirtschaftskursen, die
83 unternehmerisches Denken früh fördern.

84 · Start-up-Wettbewerbe & Gründercamps: Mehr regionale Wettbewerbe und
85 Workshops für junge Unternehmer

86 **Echte Wahlfreiheit**

87 In Vorarlberg braucht es echte Wahlfreiheit statt einer rückwärtsgewandten
88 Herdprämie, die Frauen in die Teilzeitfalle drängt. Statt Abhängigkeit zu
89 fördern, müssen Kinderbetreuung, flexible Arbeitsmodelle und finanzielle
90 Anreize Vollzeitarbeit für alle erleichtern.

91 1. Ausbau und Flexibilisierung der Kinderbetreuung

92 · Ganztägige, flächendeckende Betreuung ab dem ersten Lebensjahr: Mehr
93 Betreuungsplätze, insbesondere in Randzeiten und Ferienzeiten.

94 · Mehr betriebliche Kinderbetreuung: Anreize für Unternehmen, eigene
95 Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen.

96 · Kinderbetreuungsgeld reformieren: Einführung eines „Betreuungsbudgets“,
97 das Eltern flexibel für Tagesmütter, Kitas oder private Lösungen nutzen
98 können.

99 2. Finanzielle Anreize für Vollzeitarbeit schaffen

100 · Bessere Steueranreize für Vollzeitarbeit: Steuerfreibeträge für Eltern,
101 die in größerem Umfang erwerbstätig sind.

102 · Reduktion der Lohnnebenkosten für Eltern: Entlastung von Arbeitgebern, die
103 Eltern in Vollzeit beschäftigen.

104 · Abschaffung der „Vollzeitbestrafung“ im Steuersystem: Keine
105 überproportionalen Steuerbelastungen bei Erhöhung der Arbeitszeit.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Kiano Loacker, Ricardo Griesser*

A2: Einrichtung eines queeren Jugendzentrums in Vorarlberg

Antragstext

1 In Vorarlberg gibt es derzeit kein spezifisches Jugendzentrum für queere
2 Jugendliche. Dies führt dazu, dass viele junge Menschen der LGBTQIA+-Community
3 keinen geschützten Raum haben, in dem sie sich frei entfalten, Gleichgesinnte
4 treffen und Unterstützung erhalten können. Ein queeres Jugendzentrum würde
5 einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Akzeptanz, Gleichberechtigung und
6 psychischem Wohlbefinden leisten.

7 Der Landeskongress der JUNOS Vorarlberg möge beschließen:

8 1. Die JUNOS Vorarlberg setzen sich aktiv für die Errichtung eines queeren
9 Jugendzentrums in Vorarlberg ein.

10 2. Das Jugendzentrum soll als sichere Anlaufstelle für queere Jugendliche
11 fungieren, in der Beratung, Aufklärung und Vernetzung angeboten werden.

12 3. Es soll mit bestehenden Organisationen, wie beispielsweise LGBTQIA+-Vereinen,
13 Schulen und der öffentlichen Hand, kooperiert werden, um nachhaltige Strukturen
14 zu schaffen.

15 4. Die Finanzierung des Projekts soll durch Fördermittel des Landes Vorarlberg
16 sowie durch Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und privaten
17 Trägern gesichert werden.

18 5. Die JUNOS Vorarlberg fordern die Landesregierung auf, ein Konzept zur
19 Umsetzung eines queeren Jugendzentrums zu erarbeiten und geeignete
20 Räumlichkeiten bereitzustellen.

21 Begründung: Queere Jugendliche sind häufiger von Diskriminierung, Ausgrenzung
22 und psychischen Belastungen betroffen. Ein Jugendzentrum speziell für diese
23 Zielgruppe würde ihnen einen geschützten Raum bieten, in dem sie sich

24 angenommen und verstanden fühlen. Gleichzeitig könnte es einen wichtigen
25 Beitrag zur Aufklärung und Sensibilisierung der Gesellschaft leisten. Ähnliche
26 Projekte in anderen Bundesländern zeigen bereits positive Effekte, weshalb auch
27 Vorarlberg in diesem Bereich aktiv werden muss.

28 **Fazit:**

29 Ein queeres Jugendzentrum ist ein notwendiger Schritt, um die Lebensqualität
30 junger LGBTQIA+-Personen in Vorarlberg zu verbessern und ihnen die
31 Unterstützung zu bieten, die sie verdienen. Die JUNOS Vorarlberg setzen sich
32 daher für die rasche Umsetzung dieses Projekts ein.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Elias Reis, Kiano Loacker*

A3: Vorarlbergs Gemeinden der Zukunft

Antragstext

1 Unser tagtägliches Leben spielt sich meistens dort ab, wo man auch lebt. Der
2 wöchentliche Einkauf, der gemütliche Spaziergang am Sonntag, der Verein, bei dem
3 man seit Jahren aktiv ist, die örtliche Volksschule, in der die Jüngsten
4 heranwachsen...

5 Während auf Bundesebene richtungsweisende Entscheidungen zu komplexen und
6 globalen Themen getroffen werden, ist es die Gemeindeebene, auf der wir zentrale
7 Entscheidungen über unser konkretes Zusammenleben treffen. Hier kommen Menschen
8 zusammen, die sonst mit Politik nichts am Hut haben: Denn es geht um ihre
9 Heimat, um
10 ihre Gemeinde. Und genau diese wollen wir JUNOS Vorarlberg ins 21. Jahrhundert
11 holen

12 und jungen Menschen zeigen, was ihre Gemeinde alles kann.

13 Den Jungen eine Stimme geben!

14 Jugendlichen fällt es oft schwer, zu verstehen, wie die Politik agiert und was
15 sie für sie

16 persönlich leistet. Daraus formt sich dann oft eine Verdrossenheit gegenüber der
17 Politik.

18 Doch besonders auf Gemeindeebene ist es möglich, aufzuzeigen, was konkret

19 umgesetzt wird. Doch wir glauben nicht, dass das reicht! Um Menschen wirklich
20 abzuholen, müssen diese in die Prozesse eingebunden werden. Das gilt auch für
21 unsere
22 Jugendlichen!

23 Deshalb fordern wir JUNOS, dass...

24 - eine Jugend-Gemeindevertretung in jeder Gemeinde ab 1.500 Einwohnerinnen
25 und Einwohner eingesetzt wird. Diese Jugend-Gemeindevertretung sollte aus
26 engagierten Jugendlichen und Mitgliedern der ortsansässigen Vereins- und
27 Schüler:innenvertretungen bestehen. Die Jugend-Gemeindevertretung sollte
28 regelmäßig Sitzungen abhalten, in denen konkrete Anliegen diskutiert und
29 Anträge an die Gemeindevertretung weitergegeben werden. Seitens der
30 Gemeindevertretung soll es ein Sockelbudget geben, über das die Jugend-
31 Gemeindevertretung selbst in seinen Sitzungen entscheiden kann. Darüber
32 hinaus kann sie größere Projekte als Anträge in die Gemeindevertretung
33 einbringen, welche über diese Projekte im zuständigen Ausschuss zu debattieren
34 hat. Ein verpflichtender Bericht ist bei der nächsten Gemeindevertretungssitzung
35 vorzulegen.

36 Junge Vereine fördern! Die unterschiedlichen Vereine in einer Gemeinde sind ein
37 wichtiger Bestandteil der
38 Ortsidentität. Während sie einen großen kulturellen und gesellschaftlichen
39 Beitrag

40 leisten, sind diese oft nicht wirtschaftlich orientiert und leben unter anderem
41 von

42 Mitgliedsbeiträgen und Förderungen seitens der Gemeinde. Aufgrund der genannten

43 Argumente halten wir die Förderung von Vereinen auch für eine sinnvolle
44 Verwendung

45 der Gemeindemittel. Jedoch läuft die Vergabe von Fördermitteln oft sehr
46 intransparent

47 ab. Es sollte nicht darauf ankommen, wen man in der Gemeinde kennt – sondern
48 darauf,

49 was man als Verein leistet! Weiters sollten die Gemeinden Anreize setzen, dass
50 die

51 Vereine sich aktiv in der Jugend- und Nachwuchsarbeit engagieren.

52 Deshalb fordern wir JUNOS, dass...

53 - die Förderkriterien einen großen Fokus darauf legen, dass sich die Vereine
54 aktiv in

55 der Jugend- und Nachwuchsarbeit engagieren.

56 - Förderungen anhand objektiver Kriterien vergeben und auch veröffentlicht

57 werden.

58 No more parties in Vorarlberg!

59 Wer als junger Mensch das Nachtleben in Vorarlberg erleben musste, weiß, dass
60 hier

61 dringend Nachhilfebedarf herrscht! Unter der Woche muss man erst einmal ein
62 Lokal

63 finden, dass bis 24 Uhr geöffnet hat - und am Wochenende ist man dank geringer

64 Auswahl an Lokalitäten weiter eingeschränkt! Ein Grund für die geringe Anzahl an
65 Nachtclubs ist die Sperrstundenregelung des Land Vorarlbergs, die die Partyszene
66 stark

67 einschränkt. Diese kann nur durch eine Sondererlaubnis seitens der Gemeinde
68 ausgedehnt werden, die jeweils nur zeitlich befristet ist. Somit sind
69 Betreiberinnen und

70 Betreiber vom guten Willen der Gemeinde abhängig, um ihren Betrieb wahrnehmen zu
71 können.

72 Weiters ist eine gute öffentliche Anbindung vom Partylokal zu sich nach Hause
73 wichtig.

74 So wird einerseits ein ausgiebiges Feiern bis in die Morgenstunden möglich und
75 andererseits wird dadurch die Heimreise für alle Betroffenen sicherer.

76 Deshalb fordern wir JUNOS, dass...

77 - die Gemeinden bei Interesse Sondererlaubnisse an Nachtclubs und Bars

78 ausstellen, sodass diese ihre Öffnungszeiten selber frei wählen können!

79 - das Land und die Gemeinden gemeinsame Lösungen erarbeiten, um Nacht-Öffis

80 (z.B. Ruf-/Nachtbus) dort anbieten zu können, wo diese benötigt werden. Räume für
81 junge Menschen schaffen!

82 In den letzten Jahren mussten wir feststellen, dass die Anzahl an kostenlos und
83 frei

84 zugänglichen Orten für Jugendliche weiter abnimmt. Doch diese stellen –
85 besonders im

86 Jugendalter – einen wichtigen Ausgleich zum eigenen Zuhause dar, von dem man

87 sich in

88 der Pubertät loslösen will. Doch dies muss in einem sicheren und geschützten
89 Rahmen

90 geschehen! Da es in vielen Gemeinden leerstehende öffentliche Gebäude gibt,
91 könnten

92 bspw. diese als Treffpunkt für Jugendliche dienen.

93 Ein weiterer wichtiger Faktor ist dabei die (offene) Jugendarbeit! Sie stellt
94 einen

95 fundamentalen Grundstein in der Begegnung mit Jugendlichen und jungen
96 Erwachsenen

97 dar. Sie fördern nicht nur die Integration Jugendlicher in die restliche
98 Gesellschaft,

99 sondern sind besonders für Jugendliche in schwierigen Lebensbedingungen eine

100 Unterstützung. In diesen Fällen können sie durch ihre Arbeit eine Verbindung zu
101 den

102 betroffenen Jugendlichen aufbauen. So können Jugendarbeiter*innen

103 Problemsituationen erkennen und entweder durch Beratung oder Weitervermittlung
104 an

105 zuständige Organe/Organisationen lösen.

106 Deshalb fordern wir JUNOS, dass...

107 - die (offene) Jugendarbeit in den Gemeinden ausgebaut und gefördert wird.

108 - ungenutzte öffentliche Gebäude oder Flächen für die Einrichtung von
109 Jugendzentren

110 sowie günstigen Veranstaltungsräumen verwendet werden.

111 - Sporteinrichtungen wie Basketball-, Fußball- und Tennisplätze sowie
112 Skaterparks,

113 sofern sie öffentlich verwaltet werden, für die Jugend zugänglich gemacht
114 werden.

115 - öffentliche Graffitiflächen geschaffen werden, bei denen das Sprayen ohne
116 strafrechtliche Folgen und unter Anleitung möglich ist.

117 Lasst die Bagger kommen!

118 Wohnen wird in Vorarlberg immer teurer: Besonders wer sich im Rheintal ansiedeln
119 will,

120 hat mit hohen Kosten zu rechnen. Weil es für die meisten jungen Erwachsenen und
121 Familien mittlerweile sogar unvorstellbar geworden ist, sich ein Grundstück oder
122 Haus

123 bzw. Wohnung zu kaufen, ist das Mieten die einzige Alternative. Ein Hauptgrund
124 dafür ist

125 das fehlende Angebot bei immer stärker werdender Nachfrage.

126 Dadurch, dass Vorarlberg immer mehr wächst, müssen wir mit den vorhandenen
127 Flächen besser wirtschaften. Es kann nicht sein, dass wir unter dem Deckmantel
128 des

129 "Landschaftsbildes" nicht erlauben, dass die begrenzten Freiflächen mehrstöckig
130 bebaut werden. Die Raumplanung muss ein größeres Augenmerk auf einen
131 reduzierten Flächenverbrauch und die optimierte Nutzung vorhandener Flächen
132 legen, um

133 kostengünstigen Wohnraum zu schaffen.

134 In vielen Gemeinden mangelt es außerdem an Transparenz bei der Vergabe von

135 sozialem

136 und leistbarem Wohnbau. Oft ist auch nicht nachvollziehbar, wie der
137 Vergabeprozess

138 abläuft und nach welchen Kriterien Bewerberinnen und Bewerber gereiht werden.

139 Deshalb fordern wir JUNOS, dass...

140 - die Vergabe von Sozialwohnungen fair und auf Basis objektiver Kriterien
141 erfolgen

142 soll. Außerdem sollte online und anonymisiert einsehbar sein, auf welchem
143 Wartelistenplatz sie stehen und welche Wartezeiten zu erwarten sind.

144 - die Gemeinden es privaten Bauträgern erleichtern soll, effizienten Hochbau zu
145 betreiben. Weiters sollen Gemeinden dies, wenn sinnvoll, bei öffentlichen
146 Bauprojekten selbst umsetzen.

147 Bildungsboost in deiner Gemeinde!

148 Überfüllt Kindergärten und marode Volksschulen: All das ist in Vorarlberg nicht
149 unüblich!

150 Doch besonders an diesen Stellen dürfen die Gemeinden nicht einsparen! Es ist
151 der Ort,

152 an dem wir die nächste Generation aufziehen. Es sind ihre ersten Begegnungen mit
153 unserem Bildungssystem. Wenn ihnen bereits dort vermittelt wird, dass ihre
154 Interessen

155 nicht wertgeschätzt werden, ist das ein katastrophales Zeichen. Schulen und
156 Kindergärten sollten ein Ort sein, den man gerne besucht. Doch dabei geht es um
157 mehr

158 als die ledigliche Infrastruktur! Wir müssen besonders jene Kinder fördern, bei
159 denen

160 sich im Vor –bzw. Grundschulalter aufzeigt, dass sie durch etwaige Hürden nicht
161 dem

162 regulären Lehrplan folgen können. Durch gesonderte Förderung kann sichergestellt
163 werden, dass diese nicht den Anschluss verlieren und sich gehört und verstanden
164 fühlen, was ihre Moral stark beeinflusst.

165 Deshalb fordern wir JUNOS, dass...

166 - sichergestellt wird, dass Schulen und Kindergärten in Gemeindehand in gutem
167 Zustand gehalten werden und regelmäßig begutachtet werden.

168 - die Gemeinden Mittel zur Förderung von Kindern mit Lernschwächen und Kindern
169 mit nicht-deutscher Muttersprache zur Verfügung stellt, um etwaige
170 Wissenslücken möglichst früh aufzufangen.

171 Deine Gemeinde online!Der digitale Fortschritt lässt in vielen Vorarlberger
172 Gemeinden noch zu wünschen übrig.

173 Wer sich beispielsweise darüber informieren möchte, was die Gemeindevertretung
174 derzeit bespricht und beschließt, ist vielerorts noch gezwungen, die Sitzungen
175 der

176 Gemeindevertretung vor Ort zu besuchen. Weiters sind viele Gemeinde-Websites in
177 die

178 Jahre gekommen, bieten zu wenig Informationen und müssten überarbeitet werden.

179 Dies ist für uns in Zeiten der Digitalisierung unhaltbar.

180 Deshalb fordern wir JUNOS, dass...

181 - die Vorarlberger Gemeinden dazu verpflichtet werden, einen Livestream und ein
182 Re-Live ihrer Gemeindevertretungssitzungen online anzubieten.

183 - die Gemeinden ihren Auftritt in den sozialen Medien und auf ihrer Website in
184 regelmäßigen Abständen evaluieren und diesen aktuell und zeitgemäß halten.

185 Finanzen nachhaltig denken!

186 Die Vorarlberger Gemeinden haben im Länderschnitt die höchste Pro-Kopf-

187 Verschuldung Österreichs vorzuzeigen! Mehrere Jahrzehnte lang wurde in den

188 Gemeinden fatal gewirtschaftet. Von Schulneubauten, die so viel kosten, dass man

189 vorhandene Schulen nicht einmal mehr sanieren kann. Von "Denkmälern" , die sich

190 Bürgermeister ohne Rücksicht auf Kosten und Nutzen errichten lassen. Von

191 Kindergärten, die so gebaut werden, dass eine Erweiterung unmöglich ist. All das
192 zeigt

193 eine Grundhaltung auf, die wir für nicht tragbar halten. Auch bei der
194 Budgetplanung ist

195 der Blick in die Zukunft entscheidend! Denn es kann nicht mehr sein, dass Geld

196 ausgegeben wird, als wäre es überschüssig, während man immer neue Schulden

197 aufnehmen muss!

198 Deshalb fordern wir JUNOS, dass...

199 - bei der Budgetplanung eine Priorisierung für Ausgaben im Bildungsbereich

200 stattfindet.

201 - jede Gemeinde mittel –und langfristig anstreben muss, ihre Schulden

202 abzubauen, um ein gesundes Budget an die nächste Generation zu übergeben.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Nadine Faustin*

A4: Schluss mit der Scheinheiligkeit: Sexarbeit in Vorarlberg reformieren

Antragstext

1 Vorarlberg hat die strengste Prostitutionsregelung in ganz Österreich, aber was
2 genau bedeutet das?

3 Vorarlberg hat vor 50 Jahren ein Prostitutionsverbot eingeführt und die
4 Sexarbeit somit nur in Bordellen erlaubt. Die Rahmenbedingungen für die
5 Bewilligung eines Bordells wurden im Jahre 1975 im Sittenpolizeigesetz unter dem
6 Absatz "Gewerbliche Unzucht" festgehalten. Damals ging es darum, die
7 Prostitution von der Straße in die Bordelle zu verlagern.

8 Man wolle die "Geistige Umweltverschmutzung" eindämmen, hieß es damals von der
9 ÖVP.

10 Aber Bordelle gibt es in Vorarlberg nicht - zumindest nicht offiziell.

11 Ganz nach dem Motto "O du subres Ländle, do isch alles khörig."

12 Problematik

13 In Vorarlberg steht die Eröffnung eines Bordells nicht nur vor bürokratischen
14 Hürden, sondern auch vor sozialen Herausforderungen. Die Genehmigung für ein
15 Bordell wird nicht vom Land, sondern vom Bürgermeister der jeweiligen Gemeinde
16 erteilt. Dies ist problematisch: Zum einen kann der Bürgermeister oder die
17 Bürgermeisterin dadurch in eine politische Drucksituation geraten; zum anderen
18 ist auch der Antragstellende in der Regel in der Gemeinde bekannt und kann
19 dadurch sozialem Druck und Anfeindungen ausgesetzt sein.

20 Darüber hinaus ist Prostitution im Land derzeit nur Frauen erlaubt. Diese
21 Regelung ist nicht mehr zeitgemäß und widerspricht dem Grundsatz der

22 Gleichstellung von Mann und Frau. Österreichweit gibt es lediglich ein offiziell
23 registriertes Bordell, in dem ausschließlich Männer tätig sind – in Vorarlberg
24 jedoch ist dies grundsätzlich untersagt.

25 Das Fehlen legaler Bordelle bedeutet jedoch nicht, dass es keine Sexarbeit gibt.
26 Schätzungen zufolge gibt es in Vorarlberg derzeit zwischen 70 und 110 illegale
27 Bordelle oder Einzelpersonen, die Sexarbeit anbieten. Viele, die ein legales
28 Angebot bevorzugen, weichen auf die Schweiz aus, etwa nach Au, wo es fünf
29 Bordelle und zwei Tankstellen auf 4.000 Einwohner gibt.

30 Dies führt nicht nur zu Steuerausfällen für das Land Vorarlberg, sondern auch zu
31 einem Verlust an Kontrolle über die Arbeits- und Sicherheitsbedingungen in den
32 illegalen Einrichtungen im Land.

33 Deshalb fordern wir JUNOS VORARLBERG:

34 **Überarbeitung des Sittenpolizeigesetzes**

35 Die Gesetzgebung des Landes Vorarlberg bedarf einer Modernisierung, um den
36 Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Viele Bestimmungen des
37 Sittenpolizeigesetzes sind veraltet und nicht mehr zeitgemäß.

38 Ein Beispiel hierfür ist § 11, Absatz 1:

39 "Ankündigungen und Werbeanlagen jeder Art, einschließlich Schaukästen und
40 Beleuchtungen, die auf die Nutzung eines Gebäudes zum Zweck gewerbsmäßiger
41 Unzucht hinweisen, sind verboten."

42 Ein pauschales Verbot, Werbung für ein Unternehmen zu machen, ist nicht
43 gerechtfertigt. Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund, Bordellen Werbemaßnahmen
44 zu untersagen. Wir Liberale setzen auf die Eigenverantwortung und den gesunden
45 Menschenverstand der Betreiberinnen und Betreiber.

46 **Legalisierung der Sexarbeit für Männer**

47 Wir JUNOS Vorarlberg setzen uns für die Legalisierung der Sexarbeit für Männer
48 ab 19 Jahren ein.

49 Es gibt keine wissenschaftlich fundierten Gründe, warum Männern der Zugang zur
50 Prostitution untersagt sein sollte. Die Einhaltung hygienischer Standards und
51 regelmäßige Tests auf Geschlechtskrankheiten können auch hier gewährleistet

52 werden.

53 Vorarlberg soll anerkennen, dass es unterschiedliche sexuelle Orientierungen
54 gibt und dass auch Frauen die Möglichkeit haben sollen, entsprechende
55 Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen.

56 **Anträge für Bordelle zur Landeskompetenz machen**

57 Derzeit müssen Anträge in den jeweiligen Gemeinden eingereicht werden, was
58 mehrere Herausforderungen mit sich bringt. Zum einen führt dies dazu, dass
59 Entscheidungen – ähnlich wie bei der Regelung der Sperrstunden – stark von der
60 persönlichen Meinung des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin abhängen. Zum
61 anderen besteht die Gefahr, dass die Sorge um Wahlergebnisse die Objektivität
62 beeinflusst.

63 Daher setzen wir uns dafür ein, die Bearbeitung dieser Anträge auf Landesebene
64 zu verlagern und durch unabhängige Expertinnen und Experten durchführen zu
65 lassen. Dadurch kann die Objektivität sichergestellt und eine sachliche,
66 parteiunabhängige Entscheidungsfindung gewährleistet werden.

67 **Bürokratie-Monster bekämpfen**

68 In Vorarlberg ist die Eröffnung eines Bordells mit umfangreichen bürokratischen
69 Hürden verbunden. Bereits bei der Standortwahl können erste Schwierigkeiten
70 auftreten, da das Sittenpolizeigesetz vorschreibt, dass das Gebäude nicht in der
71 Nähe bestimmter Einrichtungen wie Kirchen, Friedhöfe oder Wohngebiete liegen
72 darf.

73 Nach der schriftlichen Einreichung des Antrags in dreifacher Ausführung erfolgt
74 eine Prüfung. Wenn der Antrag die formalen Anforderungen erfüllt, ist zusätzlich
75 eine verpflichtende persönliche Antragstellung erforderlich, bei der die Eignung
76 des Antragstellers oder der Antragstellerin bewertet wird. Selbst nach Erhalt
77 der Genehmigung kann die Behörde diese auf einen bestimmten Zeitraum
78 beschränken.

79 **Zusätzliche Steuereinnahmen investieren**

80 Durch die illegale Betreibung von Bordellen oder die Verlagerung der Nachfrage
81 ins Ausland entgehen dem Land Vorarlberg erhebliche Steuereinnahmen. Eine
82 Vereinfachung der Bedingungen für die legale Eröffnung von Bordellen würde es
83 ermöglichen, diese Steuereinnahmen im Land zu halten. Diese zusätzlichen Mittel

84 könnten gezielt in die sexuelle Bildung sowie in Maßnahmen zur Unterstützung und
85 Sicherheit von Sexarbeitenden investiert werden, was eine sinnvolle und
86 zweckgebundene Verwendung der neuen Steuergelder sicherstellt.

87 Abschließend lassen sich drei zentrale Ziele durch die erleichterte Genehmigung
88 von Bordellen definieren:

89 Erstens kann die illegale Prostitution durch die Etablierung offiziell
90 genehmigter Bordelle reduziert werden, wodurch ein höheres Maß an
91 Hygienestandards und ein verbesserter Schutz vor sexuell übertragbaren
92 Krankheiten gewährleistet wird.

93 Zweitens bietet eine legale Beschäftigung Sexarbeitenden besseren Schutz vor
94 Ausbeutung und Missbrauch.

95 Drittens können zusätzliche Steuereinnahmen gezielt in Programme zur sexuellen
96 Aufklärung und in Maßnahmen zur Unterstützung von Sexarbeitenden investiert
97 werden.